



Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

54. Sitzung des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses

18. Mai 2017, 14:03 bis 15:28 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende Claudia Ravensburg (CDU)

CDU

Abg. Lena Arnoldt
Abg. Sabine Bächle-Scholz
Abg. Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Abg. Irmgard Klaff-Isselmann
Abg. Michael Reul
Abg. Ismail Tipi
Abg. Tobias Utter
Abg. Bettina Wiesmann

SPD

Abg. Ulrike Alex
Abg. Wolfgang Decker
Abg. Corrado Di Benedetto
Abg. Lisa Gnadl
Abg. Ernst-Ewald Roth
Abg. Dr. Daniela Sommer

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Marcus Bocklet
Abg. Sigrid Erfurth
Abg. Daniel May

DIE LINKE

Abg. Marjana Schott

FDP

Abg. René Rock

fraktionslos

Abg. Mürvet Öztürk

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

Yvonne Kremer (Fraktion der CDU)
 Hiltrud Wall (Fraktion der SPD)
 Mareike Lieb (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Christiane Böhm (DIE LINKE)
 Vera Toth (Fraktion der FDP)
 Puja Matta (fraktionslos)

Landesregierung, Rechnungshof, etc.:

Name - Bitte in Druckbuchstaben -	Amts- bzw. Dienst- bezeichnung	Ministerium, Behörde
Dr. Dippel	StJ	HM 1/1
Henz	ROR	HMSI
Grund	KOR	HMSI
RONDE	AR	HMD 15
Obermayer	VaE	HMWERC
W. NHEIM	PL'in	HMSI
W. CESU	MP'in	HSEK
Beuter	ROR	StK
Sattler	Praktikantin	HMSI
KÖSTERS		HMSK
Balk	Va	HMSI
Hör auf	Mündig	HMSI
Balk, Jörg	Dir HRH	HRH

Inhaltsverzeichnis:**Punkt 1 bis 5:****– siehe nicht öffentlicher Teil –****Punkt 6:**

**Berichts Antrag
der Abg. Özgüven, Alex, Decker, Degen, Di Benedetto, Gnadl,
Grumbach, Habermann, Merz, Roth, Dr. Sommer (SPD) und Frakti-
on betreffend Belastungssituation der Mitarbeiter am Universitäts-
klinikum Marburg/Gießen (UKGM)
– Drucks. [19/4565](#) –**

WKA, SIA

S. 4**Punkt 7 bis 9:****– siehe nicht öffentlicher Teil –**

(Beginn des öffentlichen Teils: 15:02 Uhr)

Punkt 6:

Berichts Antrag

der Abg. Özgüven, Alex, Decker, Degen, Di Benedetto, Gnadl, Grumbach, Habermann, Merz, Roth, Dr. Sommer (SPD) und Fraktion betreffend Belastungssituation der Mitarbeiter am Universitätsklinikum Marburg/Gießen (UKGM)

– Drucks. [19/4565](#) –

WKA, SIA

hierzu:

Schreiben des HMWK vom 18.04.17

– Ausschussvorlage/WKA/19/25 –

– Ausschussvorlage/SIA/19/84 –

(eingegangen und verteilt am 08.05.17)

Abg. **Dr. Daniela Sommer** weist darauf hin, während die Zahl der beim Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) Beschäftigten in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben sei, habe die Zahl der dort stationär und ambulant behandelten Fälle immens zugenommen. Sie bitte dies zu bewerten im Lichte zahlreicher Studien, die nachgewiesen hätten, dass ein schlechter Personalschlüssel zu einer erhöhten Mortalität führe.

Weiter lege sie dar, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sei natürlich zu begrüßen. Gleichwohl könne nicht darüber hinweggesehen werden, dass eine Arbeitsverdichtung eine Belastung bedeute. Insofern sei es kein Wunder, dass es gegebenenfalls zu psychischen und physischen Belastungssituationen komme. Deshalb frage sie nach Ideen der Landesregierung, welche Maßnahmen zur Entlastung des Personals und zur Vermeidung von Arbeitsüberlastungen ergriffen werden könnten.

Ihrer Meinung nach sollten Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Mitarbeiter gut arbeiten, aber auch Patienten gut versorgt werden könnten.

Abschließend bitte sie um nähere Informationen zu der in der Antwort auf Frage 13 erwähnten bundesrechtlichen Gesetzesformulierung, an deren Erarbeitung Minister Stefan Grüttner beteiligt sei.

Abg. **Daniel May** bedankt sich für die Vorlage des Berichts, zumal es sicherlich eine Herausforderung gewesen sei, an die entsprechenden Daten heranzukommen.

Weiter lege er dar, selbstverständlich sei es im Interesse aller, dass die Situation des Personals so gut wie möglich sei. Das wichtigste Kapital eines Krankenhauses seien zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Er bitte seine Vorrednerin zu erläutern, was genau diese mit Mortalität gemeint habe, damit klar sei, worauf diese hinaus wolle.

Abg. **Dr. Daniela Sommer** teilt mit, verschiedene Studien zeigten folgenden Zusammenhang: Je weniger Personal in einer Gesundheitseinrichtung vorgehalten werde, umso eher steige die Mortalität der Patienten, die dort behandelt würden.

StS **Dr. Wolfgang Dippel** merkt an, hierzu gebe es sicherlich unterschiedliche Studien. Jedes Krankenhaus sei jedoch dazu verpflichtet, die Mitarbeiterstruktur so auszugestalten, dass der Auftrag erfüllt werden könne.

Grundsätzlich seien alle gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Die Schwerpunktsetzungen seien von Region zu Region sehr unterschiedlich. Hierfür seien die Krankenhäuser bzw. die Krankenhausträger in eigener Verantwortung zuständig.

Er plädiere dafür, der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken große Bedeutung beizumessen. Die Landesregierung stehe den Krankenhäusern beratend zur Seite, wenn es darum gehe, Gesundheitsthemen in den Vordergrund zu rücken. Natürlich finde ein Austausch darüber statt, welche Maßnahmen in den unterschiedlichen Krankenhäusern auf den Weg gebracht würden.

Im Übrigen sei angesichts des Fachkräftemangels davon auszugehen, dass sich Fachkräfte nur bei den Krankenhäusern bewerben werden, bei denen gute Arbeitsbedingungen vorzufinden seien. Insofern liege es im eigenen Interesse einer Klinik, Wert auf die sogenannten weichen Faktoren zu legen.

Abg. **Marjana Schott** macht darauf aufmerksam, eine der Studien, die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Personalbesetzung und der Mortalität aufzeige, habe die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode in Auftrag gegeben. Sie vermute, dies habe die Landesregierung gelegentlich schon bereut.

Sie bitte mitzuteilen, wie viele Vollzeitkräfte über Leiharbeit beschäftigt seien.

Ferner bitte sie darzulegen, wie die Landesregierung die Anzahl der Überlastungsanzeigen und Überstunden beurteile, auch im Vergleich zu anderen Kliniken. In diesem Zusammenhang frage sie, ab welcher Größenordnung eine problematische Situation als gegeben angesehen werde.

Darüber hinaus bitte sie um Auskunft, wie viele Prüfungen es im Zusammenhang mit der Einhaltung der Arbeitszeit in den vergangenen Jahren durch die Aufsichtsbehörden gegeben habe und mit welchem Ergebnis.

Ferner bitte sie mitzuteilen, in wie vielen Fällen Befristungen ausgelaufen seien, wobei die Stellen nicht wieder besetzt worden seien. Ferner stelle sie Befristungen in diesem Zusammenhang grundsätzlich infrage.

Außerdem frage sie nach der Anzahl der unbesetzten Stellen.

Abschließend frage sie nach dem aktuellen Stand zum Thema Gesundheitscampus.

StS **Dr. Wolfgang Dippel** bittet um die schriftliche Vorlage dieser Fragen, damit er diese schriftlich beantworten könne.

Abg. **Marjana Schott** sagt zu, ihre soeben mündlich gestellten Fragen schriftlich einzureichen.

Beschluss:

SIA 19/54 – 18.05.2017

Der Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des Berichts im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss als erledigt.

(einvernehmlich)

Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel sagt zu, die von Abg. Marjana Schott in der Sitzung mündlich gestellten Fragen, die sie noch schriftlich einreichen wird, schriftlich zu beantworten.

Zu Beginn der Sitzung kam der Ausschuss überein, den Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(Schluss des öffentlichen Teils: 15:12 Uhr;
folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)